

Die Kriegswirtschaft und ihre Folgen.

Von Dr. Doormann, M. d. R.

Neben der Beschaffung des im Verhältnis zum Bedarf ausreichenden Vorrats von Verbrauchs- und Verbrauchsgegenständen für Heer und Volk steht die Preisbildung als das wichtigste Problem der Kriegswirtschaft. Nicht als ob sich beide Aufgaben vollständig voneinander trennen ließen, im Gegenteil, es besteht zwischen ihnen eine lange Reihe höchst verwickelter Wechselbeziehungen. Welcher Art sie sind, ist uns aus den Erfahrungen der Friedenszeit hinlänglich bekannt und braucht an dieser Stelle nicht erörtert zu werden. Heute, nach mehr denn zweijähriger Kriegsdauer, befindet sich Deutschland in einer Situation, die eine nahezu völlige Ausschaltung seiner gewohnten weltwirtschaftlichen, eine allgemeine und bis auf den Grund reichende Störung seiner allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse bedeutet. Dadurch sind jene Wechselbeziehungen zwischen Erzeugung und Preisgestaltung wohl in mancher Beziehung andere, aber wahrlich nicht einfachere geworden.

In die Preisbildung direkt einzugreifen, hat sich der Staat in normalen Zeiten, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, mit keinem Grunde gehütet. Wo er eingriff, und das ist seit 40 Jahren häufig und nachdrücklich vorgekommen, geschah es indirekt mit

den vielumstrittenen Methoden, die unter dem Begriff der Wirtschaftspolitik fallen. Sie haben das Eigentümliche, daß sie langer Vorbereitung bedürfen, daß ferner ihre Wirkungen unsicher sind, vor allen Dingen selten ohne Verzug eintreten. In kritischen Zeiten kann man aber nicht warten und gibt deshalb drastischeren Mitteln den Vorzug. Nun ist die Forderung eine regelmäßige Erscheinung im Kriege, sie kann und muß getragen werden, so lange sie nicht die vernünftigen in der Sachlage begründeten Grenzen überschreitet und nicht durch die lange Dauer des Krieges zu einer Gefahr für die Allgemeinheit wird. Niemand verlangt heutzutage Friedenspreise, derartige Preistreiber jedoch, wie sie überall zu beobachten waren, konnten nicht geduldet werden.

Es ist nicht unsere Absicht, die zahlreichen Maßnahmen aufzuzählen und zu beurteilen, mit denen die Regierungen des Uebels Herr zu werden versuchten, von der Einführung von Höchstpreisen angefangen bis zu den Preisprüfungsstellen, den Bucherämtern, den Preisbeschränkungen im Kleinhandel und was es sonst noch gibt. Die Entstehungsgeschichte aller dieser Maßnahmen beweist, wie schwer die Aufgabe ist, eine große Volkswirtschaft auf ein ungewohntes und niemals praktisch erprobtes Geleise zu schieben. Darum ist es auch leichter, Fehlariffe zu kritisieren als zu bessern. Und wenn letzten Endes die meisten Menschen über die Unbequemlichkeit der getroffenen Regelung klagen, so darf man darauf hinweisen, wie viele Kreise nicht nur Unbequemlichkeiten, sondern ohne jedes eigene Verschulden direkte Schädigungen erfahren, ja daß nicht selten wirtschaftliche Existenzen völlig vernichtet werden. Uns interessiert hier nur die Frage, ob die Grundsätze, die für die erzwingende Preisfestsetzung aus der Natur der Verhältnisse heraus Billigung verdienen, und ob jene unerwünschten, aber unvermeidbaren Begleiterscheinungen durch das höhere Interesse der Allgemeinheit gerechtfertigt werden können.

Allgemein läßt sich sagen, daß zwei ganz verschiedene Prinzipien zur Anwendung kommen. Für die Preise von Rohstoffen, vor allen Dingen der Landwirtschaft, und für die Preise der Seereslieferungen geben nicht die Gestehungskosten die Grundlage, ihre Festsetzung erfolgt vielmehr zu dem ausgesprochenen Zweck, die Erzeugung zur höchstmöglichen Leistung anzu-spornen. Bei den Gegenständen des täglichen Gebrauchs der Bevölkerung hält man sich an die Gestehungskosten. In ersterem Falle leitet der Gesichtspunkt, daß in einem Kriege um die Existenz des Vaterlandes die Kostenfrage eine sekundäre Rolle spielt und sich allen anderen Rücksichten, die an sich vollberechtigt sein mögen, unter-

zuordnen hat; im anderen Falle gilt es, die Gesamtheit der Volksgenossen daheim, vor allem die durch den Krieg aus dem Erwerbsleben herausgerissenen, die Kriegerfamilien, die auf ein bestehendes festes Einkommen Angewiesenen und andere mehr so durchzubringen, daß sie vor allzu harten Entbehrungen geschützt sind.

Diesen Grundsätzen, die sich nach langem Schwanken herausgebildet haben und an denen man, soviel wir wissen, in den maßgebenden Stellen festzuhalten entschlossen ist, wird kaum widersprochen werden können. Allerdings müssen wir uns gleichzeitig der Konsequenzen bewußt sein, die unvermeidbar sind und höchstens durch weitere Maßnahmen, hauptsächlich erst nach Beendigung des Krieges, und auch dann nur zum Teil, ausgeglichen werden können. Für die erste Kategorie von Produzenten ergibt sich nämlich die Gelegenheit zu Gewinnen, die den Durchschnitt der Friedensjahre in vielen Fällen weit übertreffen. Da wir es hier nur mit den Grundsätzen zu tun haben, wollen wir nicht untersuchen, mit welchem Erfolg diese Gelegenheit benutzt worden ist. Bei der zweiten Kategorie liegt umgekehrt die Gefahr vor, daß die Gewinne infolge unrichtiger Kalkulation im Interesse der Billigkeit weit unter die normalen Grenzen herabgedrückt, ja auf Null reduziert werden, oder daß direkte Verluste entstehen. Für die Warenvermittlung ergibt sich in beiden Fällen genau die gleiche Folgewirkung: dort übermäßige Profite des Handels, hier eine oft bis zur Härte gehende Beschränkung der Verdienstmöglichkeit überhaupt. Alle diese Dinge liegen so klar zu Tage und werden in der Öffentlichkeit so häufig erörtert, daß wir uns auf diese Andeutungen beschränken können.

Nur ein volkswirtschaftliches Bedenken mag noch hervorgehoben werden hinsichtlich der Art, wie die Gewinnbeschränkungen durchgeführt worden sind. Wird der Gewinn als ein Prozentsatz der Selbstkosten normiert, so besteht kein Interesse mehr, die Selbstkosten möglichst niedrig zu halten. Da vielmehr mit ihnen zugleich auch die Gewinne wachsen, so verkehrt sich das Ziel einer möglichst ökonomischen Produktion, dem die deutschen Techniker und Kaufleute durch Geschick und Fleiß nähergekommen sind als ihre Berufs-genossen in den Konkurrenzländern, in das genau entgegengesetzte. Das ist für heute nicht auf und ebenso wenig für die Zeit nach dem Kriege.

Die Gefahren für die zukünftige Entwicklung der Volkswirtschaft, die sich ergeben müssen, wenn einzelne bedeutungsvolle Zweige derselben, indem man sie verschiedenen Wirtschaftsprinzipien unterwirft, gewissermaßen nach zwei entgegengesetzten Richtungen auseinandergerissen werden, sind zweifellos sehr bedenklich. Niemand verkennet sie, und deshalb

werden auch Mittel und Wege gefunden werden müssen, um ihnen zu gegebener Zeit zu begegnen. Natürlich sehen wir voraus, daß dann, in der Hauptsache wenigstens, die Wirtschaftsformen wieder hergestellt werden, an die wir vor dem Kriege gewöhnt waren. Damit ist es aber nicht genug, auch die Wirkungen der Kriegswirtschaft müssen nach Möglichkeit beseitigt werden. Die vernichteten wirtschaftlichen Existenzen werden sich freilich nur ausnahmsweise wieder lebensfähig machen lassen; aber den Geschwächten kann man helfen. Zum mindesten kann man sie schonen, sobald die Verteilung der dauernden Lasten vorgenommen wird, die uns erwarten. Die Kriegsgewinnsteuer ist nur ein Anfang in der Vorbelastung derer, denen der Krieg keinen wirtschaftlichen Verlust, sondern im Gegenteil Gewinn gebracht hat. Man braucht an sich kein Freund des Gedankens zu sein, durch Steuern die soziale Mischung eines Volkes zu beeinflussen, um einzusehen, daß eine Verschiebung, die durch staatliche Maßregeln, obendrein in voller Voraussicht ihrer sozial ungünstigen Folgen, herbeigeführt worden ist, auch durch staatliche Mittel wieder ausgeglichen werden muß. Selbstverständlich bleiben andere Maßregeln staatlicher Fürsorge für die Geschädigten hierbei nicht ausgeschlossen.

Die gegenwärtige Lage nötigt, wie vorstehendes Beispiel zeigt, zu so folgenschweren Eingriffen in die Privatwirtschaft, wie dies früher niemals der Fall war. Ein Krieg von ungewöhnlicher Schwere und Dauer trifft auf die verfeinerte soziale und wirtschaftliche Struktur eines modernen Volkstörpers. Die Wirkungen sind dementsprechend überaus tiefgreifend und nicht leicht zu verwenden. Es handelt sich hier, wie gesagt, nur um einen Ausschnitt aus dem Bilde, das unsere Volkswirtschaft im gegenwärtigen Augenblick darbietet. Aber er läßt zur Genüge die Fülle und das Gewicht der Aufgaben ahnen, die nach dem Friedensschluß zu lösen sind. Sie werden dadurch noch schwerer, daß die Forderung einer Entwicklung in staatssozialistischer Richtung sich zu ihnen anders stellen werden, als die Anhänger der freien Betätigung im Wirtschaftsleben. Im Hinblick auf die Zukunft werden wir immer mehr in der Ueberzeugung befestigt, daß dieser Weltkrieg am bedeutungsvollsten sein wird durch seine mittelbaren Folgen. Sie schon jetzt ins Auge zu fassen, sollte uns darum der Streit nicht hindern, der um seine äußeren politischen Ziele, wie wir glauben, früher als nötig, entbrannt ist.